



Michael Groß MdB informiert

Weiterhin schlechte Arbeitsmarktchancen für Ältere

Unser Ziel: Mehr Arbeit und flexible Übergänge

In dieser Woche hat CDU-Arbeitsministerin von der Leyen den Bericht zur Beschäftigungslage Älterer vorgelegt. Mit wenig aussagekräftigen Zahlen über die Erwerbsbeteiligung von über 60-Jährigen versucht die Ministerin, die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durchzusetzen. Aber die Wirklichkeit auf dem Arbeitsmarkt für Ältere sieht anders aus.

Für die SPD ist ein schrittweiser Einstieg in die Rente mit 67 bis zum Jahr 2029 nur dann vertretbar, wenn es auch genug Arbeit für Ältere gibt. Daher sollten mindestens 50 Prozent der 60-64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein. Derzeit sind dies aber nur 23,4 Prozent. Das ist zu wenig. Dagegen verweist die Arbeitsministerin darauf, dass die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen von 2005 bis 2009 von 28,8 auf 38,1 Prozent gestiegen sei. Diese Zahlen sind allerdings wenig aussagekräftig, da sie auch alle schlecht bezahlten und nicht versicherungspflichtigen Jobs mit einbeziehen.

Deshalb gilt für uns: Erst bei einer erneuten Überprüfung der Beschäftigungslage Älterer, die 2014 wieder fällig wird, wird sich zeigen, ob die Voraussetzungen für ein höheres Renteneintrittsalter erfüllt sind.

SPD: Beschäftigung Älterer fördern und flexible Übergänge ermöglichen

Die SPD steht deshalb für eine aktive Beschäftigungspolitik für Ältere und für flexiblere Übergänge in den Ruhestand, die die persönlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse des Einzelnen stärker berücksichtigen.

- Menschen zwischen 60 und 64 Jahren müssen mehr Chancen bekommen, länger sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein.
- Menschen, die in besonders belastenden Berufen arbeiten, brauchen Perspektiven für einen gut abgesicherten Übergang in den Ruhestand, auch wenn sie das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht erreichen können.
- Wir brauchen mehr Flexibilität beim Übergang in die Rente und eine Vereinfachung der Teilrente.
- Für diejenigen, die ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen ganz oder teilweise nicht mehr ausüben können, muss mehr getan werden, damit Armut im Alter für sie die Ausnahme bleibt.
- Wir müssen prekäre Beschäftigung zurückdrängen und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Denn nur so werden mehr Beiträge in die Rentenkasse einbezahlt, nur so erarbeiten die Beschäftigten höhere Rentenansprüche. Nur so erzielen wir stabile Rentenbeiträge und eine solide Rentenkasse.

Wahlkreisbüro Michael Groß MdB
Bergstraße 107 • 45770 Marl
Tel.: 02365 32444 • Fax: 02365 933 584

E-Mail: michael.gross@wk.bundestag.de • Internet: www.michael-gross-online.de